

Streit über Massnahmenpaket zum Atomausstieg geht weiter

sda, 22.09.2014

Schaffhausen will aus der Atomenergie aussteigen, doch die Massnahmen dazu sorgen für Streit. Nach der emotional geführten Debatte in der vergangenen Sitzung, beriet der Kantonsrat am Montag erneut über ein erstes Massnahmenpaket und beschloss immerhin das Eintreten auf die Vorlage.

Die Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie hatte das Parlament im September 2012 mit 45 zu 9 Stimmen befürwortet. Die nun präsentierte Vorlage des Regierungsrats umfasst 18 Massnahmen, mit denen erneuerbare Energien und Energieeffizienz gefördert werden sollen. Ziel ist es, den Stromverbrauch bis 2035 zu stabilisieren.

Ein Antrag auf Nichteintreten von Marcel Montanari (Jungfreisinnige) wurde mit 37 zu 17 Stimmen abgelehnt. Unterschiedliche Meinungen herrschten dann auch in der Detailberatung, so beispielsweise was die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei ihren Gebäuden betrifft.

Vorgesehen ist, dass bei Neubauten und umfangreichen Umbau- und Sanierungsarbeiten mindestens Minergie-Standard gelten soll. Bei kantonalen Neubauten ist grundsätzlich Minergie-P Standard einzuhalten.

Dies hatte die Regierung vorgeschlagen, die Kommission hatte den Zusatz "kantonal" jedoch gestrichen. Auf Antrag von Thomas Hurter (SVP) wurde der Zusatz wieder ergänzt. Für Gemeinden gilt die Vorgabe dann nicht.

Strittigster Punkt kommt noch

Eigentlich unbestritten ist, dass ineffiziente Elektroheizungen ersetzt werden sollen. Doch auch dazu gab es Diskussionen und Anträge. Die Regierung hatte für den Ersatz eine Frist von 15 Jahren vorgeschlagen. Diese hatte die Kommission gestrichen und stattdessen den Ersatz bei "umfassenden Umbau- und Sanierungsarbeiten" vorgesehen.

Marcel Montanari scheiterte mit seinem Antrag, sämtliche Elektroheizungen bis Ende 2017 zu ersetzen und die Eigentümer dafür durch den Kanton zu entschädigen. Auch ein Antrag von Matthias Frick (AL) fand keine Mehrheit. Er wollte die 15-Jahres-Frist wieder einfügen.

Die erste Lesung wird in der nächsten Sitzung Ende Oktober fortgesetzt. Dann erst kommt der strittigste Punkt der Vorlage zur Sprache: die Einführung einer auf fünf Jahre befristeten Förderabgabe auf Strom. Dieser "Energieförder-Rappen" soll in einen Fonds fliessen und der Finanzierung eines erweiterten Energieförderprogramms dienen.